



FDP | 14.02.2019 - 17:30

Schlag gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung



Seit 2016 wird darüber diskutiert, jetzt gibt es eine Einigung im Streit um neue Regeln für den Schutz von Urheberrechten. Die Freien Demokraten üben drastische Kritik. Der FDP-Experte Jimmy Schulz beklagt: "Unternehmen werden faktisch dazu gezwungen, eine Zensurinfrastruktur aufzubauen." Das wäre ein weiterer Schlag gegen freie Meinungsäußerung. Nicola Beer, FDP-Generalsekretärin und Spitzenkandidatin der FDP zur Europawahl, bezeichnete den Kompromiss als faul. Sie warnte, Uploadfilter könnten keine legalen von illegalen Inhalte unterscheiden. "Hier droht – wie auch bereits beim [Netzwerkdurchsetzungsgesetz](#) [1] – das Blockieren rechtmäßiger Inhalte und Meinungen."

"Auch die Idee, das Leistungsschutzrecht EU-weit einzuführen, wird nicht funktionieren, denn es handelt sich eher um ein Wettbewerbs- als ein Urheberrechtsproblem", sagte die FDP-Politikerin. Das Leistungsschutzrecht habe bereits national in Deutschland und Spanien nicht funktioniert. "Hier wird man sich noch einmal komplett neue Gedanken darüber machen müssen, wie man einen Ausgleich zwischen Verlagen und Newsaggregatoren schafft", fügte Beer hinzu.

Kompromiss zu [#Artikel13](#) [2] gefährdet nicht nur Recht auf freie Meinungsäußerung, die GroKo bricht damit noch dazu ihren Koalitionsvertrag. Dort lehnt sie [#Uploadfilter](#) [3] - zu Recht - als unverhältnismäßig ab, hat sie auf EU-Ebene jetzt aber unterstützt... CL [#SaveYourInternet](#) [4] pic.twitter.com/YILWtxjxsg [5]

— Christian Lindner (@c_lindner) [14. Februar 2019](#) [6]

FDP fordert eine Abkehr

Nach dem besonders umstrittenen Artikel 13 der neuen Richtlinie werden Plattformbetreiber erstmals unmittelbar für Urheberrechtsverstöße auch ihrer Nutzer auf ihren Seiten verantwortlich gemacht. Folglich müssen die betroffenen Unternehmen künftig verhindern, dass Anwender potenziell geschütztes Material hochladen oder vorsichtshalber alle verfügbaren Lizenzen erwerben, die ihnen Rechteinhaber anbieten.

Vor allem die Netzpolitiker der FDP werfen der großen Koalition vor, ihren Vertrag gebrochen zu haben. Obwohl Schwarz-Rot eine Pflicht für Upload-Filter darin als unverhältnismäßig abgelehnt habe, sei die Bundesregierung bei den Verhandlungen eingeknickt und gefährde damit das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Jimmy Schulz, Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda, sieht die Regierung entlarvt: "Jetzt ist auch klar, warum sich die Große Koalition monatelang geweigert hat, dazu Stellung zu beziehen: Union und SPD brechen ihren Koalitionsvertrag, denn darin hatten sie Upload-Filter als unverhältnismäßig abgelehnt." Jetzt unterstütze die Bundesregierung diesen Irrweg auf EU-Ebene, die FDP-Fraktion fordere dagegen eine Abkehr.

Schulz legt dar, warum es unsinnig ist, Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern zu verpflichten: "Es ist technisch unmöglich, legale und illegale Inhalte automatisiert zu unterscheiden. Filter können Satire, Zitate oder Parodien gar nicht erkennen." Der Netzpolitiker ist überzeugt, dass es zur Blockierung legaler Inhalte kommen wird. Das sei nicht hinnehmbar.

Quell-URL:

<https://www.liberale.de/content/schlag-gegen-das-grundrecht-auf-freie-meinungsaeusserung>

Links:

- [1] <https://mhoeflerin.abgeordnete.fdpbt.de/klage-gegen-netzdg?fbclid=IwAR3F0LidY5vPokwZJlbjurngoQC6GIGARQwtbGhOTnBQRJ0rhr-2XMo5Yvw>
- [2] https://twitter.com/hashtag/Artikel13?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [3] https://twitter.com/hashtag/Uploadfilter?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [4] https://twitter.com/hashtag/SaveYourInternet?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw
- [5] <https://t.co/YILWtxjxsg>
- [6] https://twitter.com/c_lindner/status/1095994601062699008?ref_src=twsrc%5Etfw